







jedem Mitglied getätigten Umfange ist daher die praktische und gerechteste Form, um den Grundgebanten durchzuführen und jedes Mitglied nur die eigentlichen Herstellungskosten für seine Waren zahlen zu lassen.

Die Frage, ob Konsumgenossenschaften notwendig sind, ob die Verbraucherschafft gut daran tut, Geschäftsanteile für eigene Genossenschaftsläden aufzubringen, ist nur im Zusammenhang mit den wirklichen Erscheinungen des Wirtschaftslebens und den vorhandenen Wandlungen im Einzelhandel zu beurteilen. Beachten wir die Entwicklung der Warenhäuser, Filialgeschäfte, Einheitspreisgeschäfte usw. Hier steht Großkapital, zum Teil ausländisches Kapital, mit reiner Gewinnabsicht dem Verbraucher gegenüber. Die Möglichkeit zu einheitlichem Vorgehen dieser Kapitalmächte ist für die Zukunft durchaus wahrscheinlich. Von einem regelrechten Diktat der Preise ist aber heute schon zu sprechen bei den Monopolwaren der Markenartikelhersteller, die durch Verpflichtungsscheine, Lieferperrre, Vertragsstrafen ihre Abnehmer zur Einhaltung genau vorgeschriebener Preise zwingen. Die genossenschaftliche Selbsthilfe steht hier vor Fragen, die sie allein mit der notwendigen Entschiedenheit erfährt und mit Aussicht auf Erfolg zu lösen begonnen hat. Es handelt sich darum, den breiten Schichten der Verbraucher Mitbestimmung und Mitbesitz in der Wirtschaft zu verschaffen durch die Eigenproduktion der Konsumgenossenschaften. So hat die „Gepag“, die Großeinkaufs- und Warenzentrale des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine, allein an sechs Seifenprodukten, die den Markenwaren qualitativ gleichwertig sind, ihren Verbrauchern im Jahre 1927 rund RM. 200.000,— erspart.

„Der Deutsche“ bringt in Nr. 179 vom 1. 8. d. J. eine amtliche Aufstellung über amerikanische Handelsmonopolgewinne. Darnach entfallen auf den Bäckereitruft 60% des Brotverkaufspreises. Es heißt dann wörtlich:

„Das ist wieder ein hervorragendes Beispiel für die Warenvertierung durch die Truftbildung. Wenn auch von dem Truftkostenanteil von 60% ein Teil für die Produktion (Löhne usw.) gezahlt wird, so ist doch der Betrag ungeheuer groß. Ein derartiger Truftgewinn bei einem der lebenswichtigsten Bedarfsgüter ist nicht zuletzt möglich durch die in Nordamerika leider fehlende Konkurrenz der Konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion.“

In diesen Zusammenhängen ist die genossenschaftliche Selbsthilfebewegung der Verbraucherschafft zu sehen. Mit kleinen Bedenken, daß mit der Mitgliedschaft auch die Haftung für Geschäftsanteile und Haftsumme verbunden ist, ist eine soziale Selbsthilfebewegung, die in Deutschland 4 Millionen Mitglieder und 1,5 Milliarden Umsatz zählt, nicht abzudrehen. Die Summe, für die jeder einzelne haftet, kann ein treuer Genossenschaftler in einem Jahre durch seine Genossenschaft sparen. Es ist aber auch grundsätzlich nicht mehr möglich, die aufstrebenden Schichten, die nach Mitbestimmung und Mitbesitz in der Wirtschaft verlangen, vor der Verantwortung bange machen zu wollen. Der Schlußsatz des Eingangs erwähnten Artikels erklärt, beim Einkauf im Privatsgeschäft bestände nicht die Gefahr, durch Konkurs des Geschäftes etwas zu verlieren, die ganze Verantwortung trage vielmehr der freie Händler allein, und er sei stolz auf seine Verantwortung und Freiheit. Warum denkt man von der deutschen Verbraucherschafft so gering, daß man ihr nicht diesen selben Stolz und ihr eigenes, gewaltiges Wert zutraut?

**Aufhebung der Hauszinssteuer, dafür Erhöhung der Einkommensteuer.** Das ist kurz zusammengefaßt der Vorschlag, der heute aus Hausbesitzkreisen kommt. Ein Volkswirt, Helmut Richardi, in Berlin-Charlottenburg, hat im „Hannoverschen Kurier 352“ diesen Vorschlag der Öffentlichkeit unterbreitet und begründet. Er verlangt Abschaffung der Hauszinssteuer, weil sie hart und ungerecht sei und eine einseitige Besteuerung des Hausbesitzes bedeute. Außerdem sei sie für den Steuerzahler verloren. Demgegenüber sei die Kapitalbildung zur Finanzierung des Wohnungsbaues in Form von Darlehen vorzunehmen. Jeder Lohn- und Einkommensteuerpflichtige sei verpflichtet, Darlehen zu gewähren. Die Höhe richte sich nach dem Einkommen und sei zusammen mit der Einkommensteuer einzuziehen. Das Geld soll aber nicht verloren sein, sondern die Rückzahlung soll zu dem Zeitpunkt erfolgen, in dem das Geld für den Wohnungsbau nicht mehr erforderlich ist. Richardi rechnet aus, daß damit dem Baumarkt jährlich ungefähr 2.500 Millionen RM. zuzuführen würden. Das bedeute rund eine Verdoppelung der Einkommensteuer. Wenn die Hauszinssteuer im Wegfall kommt, entsteht auch ein Defizit im Etat des Reiches, denn rund 800 Millionen RM. aus dem Aufkommen der Hauszinssteuer werden für allgemeine Zwecke verwandt. Richardi schlägt deshalb vor: „Soweit aber auch fernerhin der Staat zum Ausgleich seines Etats Mittel, die er jetzt dem Hauszinssteueraufkommen entnimmt, benötigt, wäre die Aufbringung dieser Mittel durch einen Zuschlag zur Einkommensteuer am Plage und auch die Erhöhung der Verbrauchsabgaben zu erwägen.“ Ein einfaches Rezept: Man hebe die Hauszinssteuer auf und erhöhe die Einkommensteuer und die Verbrauchsabgaben. Ob die Hausbesitzer bereit sind, beim Wegfall der Hauszinssteuer die Miete um rund 50% zu ermäßigen, das ist ungefähr der Betrag der Hauszinssteuer) darüber sagen sie nichts. Aus den ganzen Darlegungen geht jedoch hervor, daß sie gar nicht daran denken, die Miete herabzusetzen, sonst könnte man

nicht davon sprechen, daß die Hauszinssteuer eine einseitige Besteuerung des Hausbesitzes darstelle, die zu beseitigen sei. Die Hausbesitzer müßten also die 1 1/2 Milliarden RM. Hauszinssteuer selbst einstecken und die Mieter noch einmal mit 1 1/2 Milliarden RM. aus der Einkommensteuer belasten — gar kein über Gebante. Die bittere Pille soll damit zerduert werden, daß man sagt, es sei ja keine Steuer, sondern ein Darlehen, das wieder zurückgezahlt wird, also eine Zwangspartkaffe. Ob aber die minderbemittelten Schichten in der Lage sind, bei den teuren Lebensbedingungen und dem niedrigen Einkommen noch Gelder an diese Zwangspartkaffe abzuführen, darüber zerbricht man sich anscheinend nicht den Kopf. Auch scheint man ganz vergessen zu haben, daß eine Erhöhung der Verbrauchsabgaben wiederum die Kinderreichen am meisten belasten würde. Über den Vorschlag kann man gar nicht diskutieren, er zeigt aber die Bedankengänge mancher Kreise und wie sie sich die Lösung der Wohnungsnot vorstellen. Ein Finanzierungsprogramm auf lange Sicht tut uns zwar not, wenn wir die Neubautätigkeit begünstigen und damit die Wohnungsnot beseitigen wollen. Aber das Finanzierungsprogramm muß nach anderen Grundfragen als den vorgeschlagenen aufgestellt werden. An eine Aufhebung der Hauszinssteuer zugunsten der Hausbesitzer darf dabei keinesfalls gedacht werden.

**Beachtenswerte Mitgliederzunahme der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1928.** Seit 1908 gibt der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Jahresberichte heraus, bisher in Form von Taschenbüchern. Zum ersten Male erscheint der Bericht über das Jahr 1927 in Buchform. Eine innere Bereicherung hat das Taschenbuch 1928 auch insofern erfahren, als es die Bewegung hineinstellt in die gesamte wirtschaftliche und soziale Entwicklung, über die sehr ausführlich und mit objektiver Sachlichkeit berichtet wird. Für die unter dem Gesichtswinkel der christlich-sozialen Reformideen geschaute Zeitgeschichte darf das Buch die größte Beachtung aller interessierten Kreise beanspruchen. Die Lebendigkeit der Darstellung wurde dadurch hergestellt, daß die Sachbearbeiter des Gesamtverbandes in der ihnen eigentümlichen Ausdrucksform bezüglich der in ihrem Aufgabengebiet liegenden Fragen selber zu Worte kommen.

Der Mitgliederzuwachs der dem Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften einzeln angeschlossenen Verbände betrug im Jahre 1927: 74.226, der des Gesamtverbandes Deutscher Verkehrs- und Staatsbediensteter, der dem Gesamtverbande korporativ angeschlossen ist, 2.325, so daß insgesamt ein Mitgliederzuwachs von 76.551 zu verzeichnen ist und der Gesamtverband 720.095 Mitglieder umfaßt. Den stärksten Zuwachs hatte der Christliche Metallarbeiterverband mit 26.602 Mitgliedern. Die Einnahmen der Verbände des Gesamtverbandes sind von 13.279.358 RM. im Jahre 1926 auf 18.443.577 RM. im Jahre 1927 gestiegen. Hinzu kommen die Einnahmen des Gesamtverbandes Deutscher Verkehrs- und Staatsbediensteter, so daß die Gesamteinnahmen im Berichtsjahre 20.814.577 RM. betragen. Interessant sind auch die Tabellen über die Entwicklung des Gesamtverbandes seit 1908 und die Verteilung der Mitgliederzahl auf die Bezirke der Landesarbeitsämter. Die größte Mitgliederzahl befindet sich im Landesarbeitsamt Rheinland mit 173.719 Mitgliedern, dann folgt das Landesarbeitsamt Westfalen mit 132.167 Mitgliedern. Aus den Berichten der Verbände geht hervor, daß die Beschäftigung der Mitglieder im Jahre 1927 zwar nicht befriedigend, aber doch besser war als im vorhergehenden Jahre und die Zahl der arbeitslosen Mitglieder ständig zurückging. In allen Industriezweigen ist die Rationalisierung ganz erheblich fortgeschritten. Die Tabakarbeiter haben hervor, daß die Ausperrung zur Steigerung der Mitgliederzahl nicht unwesentlich beigetragen habe. Die Textilarbeiter stellen einen empfindlichen Mangel an tüchtigen Facharbeitern im Textilgewerbe fest. Die Löhne der Bauarbeiter stiegen um 7 Pf. pro Stunde, die der ungelerten und jugendlichen Arbeiter um 6 Pf. pro Stunde. Insgesamt gesehen war es möglich, das Lohnniveau durch die verstärkte Kraft der Gewerkschaften mit Hilfe einer Reihe von Nachdruck geführten Bewegungen in verschiedenen Industrien wesentlich zu steigern. Diese Tätigkeit der Gewerkschaften, die keineswegs entwicklungshemmend oder wirtschaftsschädlich ist, sondern ein Element des wirtschaftlichen Fortschrittes und der Wirtschaftsförderung bildet, würde von noch größerem, wirtschaftlichem Vorteil für die arbeitenden Schichten sein, wenn nicht durch die Verteuerung der Lebenshaltung ein Teil der Lohnaufbesserung wieder abfordiert würde. Zum verstärkten Eingreifen gegen die ungerechtfertigt hohen Spannen zwischen Erzeuger- und Kleinhandelspreisen liegt alle Verantwortung vor.

**Aus unseren Ortsgruppen**

Hamm (Westf.). Eine Versammlung unserer Ortsgruppe am Samstag, dem 8. September, befaßte sich mit den Verhältnissen bei den unserem Verband beigetretenen Buchdrucker-Hilfsarbeitern. Nachdem wir nun fast alle hiesigen Hilfsarbeiter organisieren konnten, gilt es, den tariflichen Bestimmungen Geltung zu verschaffen. Notwendig ist aber, daß alle Kollegen nun auch treu zur

Organisation stehen und die vorhandene Begeisterung nicht nur ein Strohfeuer ist. Kollege Kumbügel behandelte in einem Vortrag die Entstehung, Entwicklung und den heutigen Stand des Buchdrucker-Hilfsarbeiter-tarif. Ohne Gewerkschaften hätten wir heute nicht einen solchen Tarif für das Hilfspersonal. Auch nur durch die Gewerkschaften wird es möglich sein, den Tarif zu halten und weiter zu verbessern. Mögen daher recht bald alle Hilfsarbeiter den Weg zur Organisation finden. — Einige weitere Fragen fanden ebenfalls ihre Erledigung. So besonders ein Antrag des Ortsvereins des Gutenberg-Bundes auf Beteiligung an den Unkosten anlässlich des Kartellfestes am 12. 8., wo die einzelnen Berufsgruppen durch Festwagen, die den Beruf darstellten, im Festzuge vertreten waren. — Die nächste Versammlung ist am 27. Oktober und sollen hieran auch die Familienmitglieder teilnehmen.

**Graphischer Zentralverband**  
Geschäftsstelle: Adm. a. H., Bentzenwall 9  
Fernsprecher: West 52 585 Postfachkonto: Adm 151 71

**Abrechnungen vom 2. Vierteljahr** sandten ein bis zum 21. Sept. Unabsetzt, Karlsruhe, Waldstr. 10.  
**Gelder** sandten ein: Diesdorf, Barmen, Rhept, Köstlin, Berlin, Kellinghausen, Elten, Arnberg, Karlsruhe, Oberlohn, Augsburg, Köstlin, Heuener, Freiburg, Düren, Essen, Coesfeld, Seelbach, Badr., Waldstr. Es fehlen noch Abrechnungen vom 2. Vierteljahr: Saarbrücken, Wroslau, Glatz.  
In der letzten Woche des Monats September sind die Abrechnungsformulare für das 3. Vierteljahr versandt worden. Sollte irgendeine die Sendung nicht eingetroffen sein, so bitten wir um Nachricht.  
**Druckfehler-Berichtigung.**  
**Reichsleiter-Bericht.**  
1. Der Nachtrag in Post. 932: „In der Presse arbeiten 15 Prozent mehr“, gehört zu Post. 933.  
2. In Post. 948 muß es zum Schluß heißen: „Gilt auch für Post. 932“ nicht Post. 932.  
3. Die Zahlen im Inhaltsverzeichnis stellen nicht, wie angegeben, die Anzahlennummern, sondern die Seitenzahlen dar.

Jahrespreis 20 Pfennig  
Vorauszahlung erforderlich  
**Anzeigen**  
Ortsgruppenanzeigen kosten 10 Pfennig die Zeile

Inserm werthen Kollegen und Kassierer  
**Georg Stättner**  
nebst seiner lieben Frau  
**Gertrud Schlüssel**  
die herzlichsten Glück- und Segenswünsche zur Vermählung.  
Ortsgruppe Bielefeld

Inserm lieben Kollegen und langjährigen Vorsitzenden  
**Fritz Heitmann**  
die besten Glück- und Segenswünsche zum 10jährigen Arbeitjubiläum bei der Firma C. Bertelmann.  
Ortsgruppe Gütersloh

Inserm lieben Kollegen  
**Andreas Handfner**  
nebst Frau  
die herzlichsten Glück- und Segenswünsche zur Vermählung.  
Ortsgruppe Regensburg

Inserm lieben Kollegen  
**Ludwig Edl**  
nebst Frau  
die herzlichsten Glück- und Segenswünsche zur Vermählung.  
Ortsgruppe Regensburg

Inserm lieben Kollegen  
**Emma Hartmüller**  
nebst Bräutigam  
die herzlichsten Glück- und Segenswünsche zur Vermählung.  
Ortsgruppe Regensburg

Inserm lieben Kollegen  
**Michael Brunner**  
nebst Frau  
die herzlichsten Glück- und Segenswünsche zur Vermählung.  
Ortsgruppe Regensburg

Inserm lieben Kollegen  
**Janny Schönsteiner**  
nebst Bräutigam  
die herzlichsten Glück- und Segenswünsche zur Vermählung.  
Ortsgruppe Regensburg

Inserm lieben Kollegen  
**Walburga Paul**  
nebst Bräutigam  
die herzlichsten Glück- und Segenswünsche zur Vermählung.  
Ortsgruppe Saarbrücken